61. Jahrgang No. 51

Morgen-Ausgabe
Freitag, 31. Januar 1913

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg u. Sachsen **20 Pf. wöchentlich** bzw. **85 Pf. monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post monatlich 90 Pf. und vierteljährlich M. 2.70. — **Insertionspreis** für die Zeile 50 Pf. Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131-10148. — **Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.**

Filialen: Prinzenstr. 41, Wicker Str. 1-6, Frankfurter Allee 61-63, Grosse Frankfurter Str. 31, Frankfurter Allee 54, Schönhauser Damm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 45, Rathenower Str. 5, Potsdamer Strasse 35, Leipziger Str. 108, Hüchenstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 7, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Friedenau: Rheinstr. 39, Halensee-Grunewald: Hentriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2, Neukölln: Berliner Strasse 41; Pankow: Berliner Strasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 139; Tegel: Berliner Str. 96, Tempelhof: Berliner Str. 104a; Weissensee: Berliner Allee 28; Wilmersdorf: Uhlandstr. 28-29; Brandenburg: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die moderne Völkerwanderung.

Mit dem Großgrundbesitz ist eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften verbunden, die in Deutschland selbst nicht mehr befriedigt werden kann. Und je mehr die Landwirtschaft Saisoncharakter bekam, um so mehr wuchs der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern, die man nach vollendeter Saisonarbeit wieder abzuschieben imstande war. Der Großgrundbesitz ist die unmittelbare Ursache der modernen Völkerwanderung der Wanderarbeiter, sicherlich einer der unerfreulichsten Erscheinungen in unserem Staats- und Wirtschaftsleben. Wo Dutzende von deutschen Bauernfamilien leben und wirken und Werte schaffen könnten, da erscheint jetzt im Frühjahr oder Herbst der Heuschreckenschwarm der polnischen und galizischen Arbeiter, die im Winter mit dem guten deutschen Gelde, das sie verdient haben, wieder in ihre Heimat zurückkehren, um dann im nächsten Jahre aufs neue in den deutschen Gefilden aufzutauchen.

Bisher ist es der deutschen Wirtschaftspolitik nicht gelungen, die Arbeit auf den deutschen Feldern durch überwiegend deutsche Leute ausführen zu lassen; der „Schutz der deutschen Arbeit" bezog sich nicht auf die deutschen Arbeiter, die Fernhaltung ausländischer Produkte erstreckte sich nicht auf das wertvollste ausländische Produkt, den Menschen! Im Gegenteil, man darf sagen, daß die deutsche Schutzzollpolitik die Zuwanderung ausländischer Arbeiter mit innerer Notwendigkeit in steigendem Maße nach sich zieht, da durch jene Politik der Getreidebau forciert und die Vergrößerung der Güter geradezu heraufbeschworen wird.

Die Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte ist ein wichtiger Zweig des Arbeitsnachweiswesens in Deutschland geworden. Im neuesten Heft des „Reichs-Arbeitsblattes", das vom kaiserlichen Statistischen Amte herausgegeben wird, ist der Entwickelung der landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise ein eigenes Kapitel gewidmet.

Es wird darin zugestanden, daß die gegenwärtige Organisation der Arbeitsvermittelung bisher nicht verhindern konnte, daß die Landwirte bei dem herrschenden Unterangebot an inländischem Personal einen Teil, insbesondere der nichtständigen Arbeiter, vom Auslande bezogen. Um nun hier von den privaten Vermittlern möglichst unabhängig zu sein, wurde in der bekannten Deutschen Feldarbeiterzentralstelle, die sich seit 1911 kurz Deutsche Arbeiterzentrale nennt, eine Einrichtung begründet, die satzungsgemäß den Zweck hat, „Dienstverträge mit ausländischen, vornehmlich landwirtschaftlichen Arbeitern zu vermitteln und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu lösen."

Diese Zentrale ist für die Vermittelung ausländischer Arbeiter nach Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung geworden. An ihrer Gründung waren unter anderen der Ostmarkenverein und der Alldeutsche Verband beteiligt — ein sehr bezeichnendes Vorkommnis, wenn man die Charaktere dieser Verbände ins Auge faßt.

Die meisten preußischen Landwirtschaftskammern traten der Zentrale auf Anregung des Ministers der Landwirtschaft bei. Nach den jetzt geltenden Satzungen wird der Aufsichtsrat vom preußischen Minister der Landwirtschaft ernannt, der außerdem in den Sitzungen sich durch Kommissare vertreten lassen kann.

Der Zentrale gehören augenblicklich 10 Landwirtschaftskammern und einige Landwirtschaftsgesellschaften sowie der Verband deutscher Tiefbauunternehmer und der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein an. Die Anwerbung und Vermittelung der auswärtigen Arbeiter geschieht teils durch Agenten, teils durch Grenzämter. Die Aufgabe der Agenten ist es, nach den Erfordernissen der vorliegenden Bestellungen die Arbeiter in geeignete Trupps zusammenzubringen und durch Berücksichtigung der Ortsgemeinschaft, der Verwandschaft oder sonstiger Umstände bei der Verteilung der Trupps an die inländischen Arbeitsstätten dem Kontraktbruch möglichst vorzubeugen.

Die Zentralstelle, die die Aufträge der Landwirte zunächst entgegengenommen hat, verteilt sie an die Grenzämter weiter, die dann ihrerseits die Arbeiter, die sich zum Teil aus den umliegenden Gegenden selbst bei ihnen einfinden, mittels Verpflichtungsscheines für einen bestimmten Arbeitgeber und Ort unter Festsetzung der Bedingungen anwerben. Es bestehen zurzeit nicht weniger als 39 Grenzämter, dazu 3 Abfertigungsstellen, 6 Vermittelungsämter und 4 Geschäftsstellen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Grenzämter besteht in der Mitwirkung bei der Legitimierung der einwandernden Arbeiter. Diese sollen sehr leicht zum Kontraktbruch neigen. Zur Bekämpfung dieses Uebels dachte man zunächst an eine gesetzliche Regelung. Dann aber hielt man es für praktischer, für die ausländischen Arbeiter ein einheitliches Ausweispapier einzuführen, das auf einen bestimmten Arbeitgeber lautet und beim Wechsel der Arbeitsstätte durch die Ortspolizeibehörde umgeschrieben wird. Bei einem Kontraktbruch aber darf die Umschreibung nicht stattfinden. Unentschuldigte Vertragsbrüchige werden ausgewiesen, wenn sie nicht auf die Arbeitsstätte zurückkehren. Es ist also hier eine Art Hörigkeitsverhältnis zugunsten der ländlichen Arbeitgeber geschaffen worden, das aus einem gewissen Zwang der Verhältnisse heraus wohl begreiflich ist, das aber doch andererseits zu lebhaften Bedenken Anlaß geben muß. Der ausländische Arbeiter ist hiernach, bei Licht besehen, der Willkür seiner Herren ohne weiteres ausgeliefert; denn wenn er seinen Dienst verläßt, muß er erwarten, aus Deutschland ausgewiesen und später nie wieder zugelassen zu werden.

Von dem gewaltigen Umfang der Einführung ausländischer Arbeiter erhält man ein Bild, wenn man erfährt, daß im Jahre 1911/12 fast 88 000 ausländische Arbeitskräfte vermittelt worden sind (fast 90 Prozent der bestellten Arbeitskräfte), während die Zahl der vermittelten Leute 1906/07 erst 31 000 betragen hatte, von da an aber sich in ständiger Aufwärtsbewegung zeigte. Nebenbei hat die Zentrale auch die Vermittelung von Arbeitern für die Industrie übernommen. Jedoch fiel das Hauptkontingent der Arbeiter auf die Landwirtschaft. Interessant ist es, hierbei zu sehen, daß für die großagrarischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien von der Gesamtziffer nicht weniger als rund 36 000 angeworbene ländliche Arbeiter entfallen; auf die Provinz Sachsen mit ihrem starken Rübenbau, der besonders viel Leute braucht, fielen noch 11 405 Ausländer, dagegen wurden in den Bauernprovinzen Schleswig-Holstein und Hannover zusammen nur rund 4000 Ausländer in der Landwirtschaft gebraucht, in Baden nur 258, in Hessen 269 und in Württemberg gar nur 86. Es ist hieraus ohne weiteres ersichtlich, so sagt der Artikel im „Reichs-Arbeitsblatt", „daß sich die Tätigkeit der Arbeiterzentrale im wesentlichen auf Preußen erstreckt" — wir möchten sagen: auf Ostelbien; denn auch in Mecklenburg-Schwerin ist die Ziffer mit über 2700 außerordentlich groß. Die vermittelten Arbeiter stammten zu reichlich 55 Prozent aus Rußland und zu 40 Prozent aus Oesterreich-Ungarn: Polen und Ruthenen sind unsere häufigsten ausländischen Gäste.

Dieser Ausländerzustrom, der ganz gewiß im deutschen Interesse nicht zu wünschen ist, wenn ihn auch noch so „deutsche" Verbände organisieren, wird erst dann eingedämmt werden und schließlich aufhören, wenn durch wahrhaft großzügige innere Kolonisation und durch eine gesunde Wirtschaftspolitik an die Stelle des übermäßigen Großgrundbesitzes ein tüchtiger, nach vielen Tausenden zählender Bauernstand getreten ist.

Kurze Chronik.

Die Schiedsverhandlungen wegen der schwebenden Lohnfragen im Schneidergewerbe beginnen am 10. Februar in Dresden.

Im Spionageprozeß gegen den Kaufmann Wilhelm Ewald wurde der Angeklagte gestern vom Reichsgericht wegen Verrat militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Die belgische Deputiertenkammer setzte gestern die Beratungen über die Verfassungsrevision fort.

Die Grunewaldfrage

war gestern wieder einmal im Abgeordnetenhause Gegenstand der Debatte gelegentlich der zweiten Lesung des Forstetats. Während die Redner der Rechten auf dem Standpunkt beharrten, daß es Sache der Städte sei, für die Erhaltung der als Erholungsstätten notwendigen Waldungen zu sorgen, vertrat der Abgeordnete Cassel (Fortschr. Vp.) nachdrücklich den Standpunkt, daß auch der Staat die Pflicht habe, an dieser Versorgung Anteil zu nehmen. Vor allen Dingen dürfe der Zweckverband sich unter keinen Umständen auf die hohen Preise einlassen, die der Fiskus fordere, zumal in den zu erwerbenden Waldbezirken erhebliche und kostspielige Verbesserungen vorgenommen werden müßten. Zutreffend wies der Redner wieder auf den Haß der Reaktionäre gegen die Großstädte hin und bedauerte die scharfmacherischen Treibereien, die auch hier die Hand im Spiel haben.

Die Abgeordneten Hirsch-Berlin (Soz.) und Rosenow (Fortschr. Vp.) treten diesen Ausführungen bei; der letzte Redner kennzeichnete sehr deutlich die Grundstücksgeschäfte, die der Fiskus zu machen beabsichtigt. In einer Abendsitzung wurde der Forstetat weiter behandelt.

Das Mißtrauensvotum für Bethmann Hollweg.

Zum ersten Male ist gestern im Reichstage dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum erteilt worden, und zwar mit einer vernichtenden Mehrheit. Hätten wir ein wirklich parlamentarisches Regiment, so wäre damit die Regierung v. Bethmann Hollweg erledigt gewesen. Leider ist dem nicht so, und der Reichskanzler darf sich gestatten, auf das gestrige Mißtrauensvotum zu pfeifen — natürlich unter dem Beifall der Konservativen und ihrer Anhänger — zumal er es nicht auf sich, sondern auf den preußischen Ministerpräsidenten bezieht, der zufällig auch Theobald v. Bethmann Hollweg heißt und Wilhelmstraße 77 wohnt. So hat das Mißtrauensvotum nur platonischen Wert.

Seine reale Bedeutung liegt auf anderem Boden. Sie besteht darin, daß gestern die Regierung eine Unterstützung von — 97 Abgeordneten hinter sich gehabt hat. Eine stolze Zahl! Der regierungsfeindlichen Mehrheit, bestehend aus den Sozialdemokraten, dem Zentrum mit seinen Anhängern und den Polen hat die Fortschrittliche Volkspartei sich leider nicht angeschlossen, sondern weiße Zettel abgegeben. Interessant war auch die Demonstration des geschlossen gegen die Regierung stimmenden Zentrums. Wenn aber optimistische Gemüter daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen geneigt sind, so werden sie eine arge Enttäuschung erleben: Im Demonstrieren ist das Zentrum stets groß gewesen, im Handeln nicht, und es hat, wenn es sich in den nächsten Monaten um große Entscheidungen handeln wird, einen famosen Trumpf in der Hand: die Jesuiten! Damit läßt sich schon etwas ausrichten.

An die Abstimmung schloß sich die zweite Lesung des Gesetzes über das Fleischeinfuhrprovisorium, die noch nicht zu Ende geführt werden konnte. Die Debatte bot eine Auseinandersetzung zwischen der Rechten und der Linken auf agrarischer Grundlage, wie wir sie schon zu Dutzenden erlebt haben: den Gemeinplätzen der Rechten setzten die Redner der Linken schlagende Gründe entgegen, die natürlich an der Rhinozeroshaut des schwarzblauen Blocks abprallten.

Die Antwortnote der Türken.

Der Waffenstillstand gekündigt.

(Telegraphische Berichte.)

Konstantinopel, 30. Januar.

Um 3 Uhr nachmittags hat der Minister des Auswärtigen dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Antwort der Pforte auf die Kollektivnote der Mächte überreicht.

Der Inhalt der türkischen Note.

Konstantinopel, 30. Januar.

Die Antwortnote der Pforte anerkennt, daß der Friedensschluß der Pforte erwünscht sei, und betont, daß die Türkei den Krieg nicht provoziert habe und unbestreitbare Beweise versöhnlicher Gesinnung durch Bewilligung riesiger Opfer gegeben habe. Adrianopel sei als durchaus mohammedanische Stadt und zweite Hauptstadt des Reiches so innig mit der Türkei verbunden, daß das bloße Gerücht von der Abtretung Adrianopels im ganzen Lande eine Erbitterung erzeugt habe, die den Rücktritt des früheren Kabinetts herbeiführte. Trotzdem sei die Türkei aus Friedensliebe bereit, das Los des rechts von der Maritza gelegenen Teils von Adrianopel den Mächten anheimzustellen, wolle aber den auf dem linken Ufer gelegenen Teil behalten, da in diesem Teil die Moscheen und Mausoleen gelegen seien. Das Verbleiben dieses Teiles unter türkischer Souveränität sei Notwendigkeit. Denn die Nichtachtung dieses Wunsches könnte eine folgenschwere Aufregung im Lande hervorrufen. Was die Inseln betreffe, so ein Teil von ihnen wegen der Nähe der Dardanellen unentbehrlich für die Verteidigung der Hauptstadt. Die übrigen bildeten einen integrierenden Teil der asiatischen Besitzungen und seien daher unentbehrlich für die Sicherheit Kleinasiens. Eine Schwächung der Autorität der Türkei auf den Inseln würde einen Zustand dauernder Wirren schaffen. Daher ersuchte die Pforte die Mächte, bei der Bestimmung des Loses der vom Balkanbund besetzten Inseln diese Bedenken zu erwägen. Die Pforte erklärt weiter, eventuelle neue Forderungen ablehnen zu müssen. Sie nimmt von der Besprechung der Mächte dankbar Kenntnis und erbittet ihre Zustimmung zur Einführung eines unabhängigen Zolltarifs zum Abschluß von Handelsverträgen auf der Grundlage moderner Rechtsgrundsätze, zur Ausdehnung der osmanischen Steuergesetze auf die fremden Staatsangehörigen und zunächst zur Erhöhung der Zölle um vier Prozent. Die Pforte rechnet ferner auf Aufhebung der fremden Postämter und bittet um eine Aeußerung der Mächte über den Wunsch der Türkei, die Kapitulationen aufzuheben.

Konstantinopel, 30. Januar.

Die formelle Ueberreichung der türkischen Note an den österreichisch-ungarischen Botschafter Markgrafen Pallavicini ist im letzten Moment auf den Nachmittag verschoben worden. Der Minister des Auswärtigen war schon auf der Schwelle der österreichisch-ungarischen Botschaft angelangt, als er durch einen besonderen Boten aufgehalten wurde. Der Abbruch der Friedensverhandlungen in London soll eine leichte Aenderung in dem Wortlaute der Note nötig gemacht haben, ihr wesentlicher Inhalt ist jedoch, wie es heißt, so geblieben, wie er bereits gemeldet ist.

Die Kündigung des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 30. Januar.

Die Balkanverbündeten haben den Waffenstillstand von heute 7 Uhr abends abgekündigt.

Konstantinopel, 30. Januar.

Das Hauptquartier der osmanischen Armee macht bekannt: Da die Bulgaren den Waffenstillstand heute gekündigt haben, werden die Feindseligkeiten dem Waffenstillstandsprotokoll gemäß Montag abend 7 Uhr wieder beginnen.

London, 30. Januar.

Die Balkandelegierten haben das Reutersche Bureau davon in Kenntnis gesetzt, daß die Türkei auf dem